

POSTULAT von Hans-Peter Portmann (FDP, Thalwil), Arnold Suter (SVP, Kilchberg) und Silvia Steiner (CVP, Zürich)

betreffend Entwicklungsmassnahmen für den Ausbau des Finanzplatzes Zürich

Mit dem Ziel, optimale Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der heutigen Geschäftstätigkeiten auf dem Finanzplatz Zürich und für die Ansiedelung neuer Geschäftsfelder der Finanzbranche zu schaffen, wird der Regierungsrat eingeladen, dem Kantonsrat Entwicklungsmassnahmen für den Ausbau des Finanzplatzes Zürich und dazu allfällig notwendige Gesetzesänderungen zu unterbreiten. Konkret könnten dies unter anderem folgende Massnahmen sein:

1. Es ist eine konkurrenzfähige Besteuerung von Anlagegesellschaften und Anlagekonstrukten am Standort Zürich einzuführen.
2. Die Bedürfnisse für eine Weiterentwicklung des Finanzplatzes im Grossraum Zürich sind in die Raumplanung und Verkehrsplanung mit einzubeziehen.
3. Über die Finanz- und Volkswirtschaftsdirektoren-Konferenz sowie mit anderen kantonalen Initiativmitteln ist auf Bundesebene der Abbau von Wettbewerbshürden für die schweizerische Finanzbranche, wie zum Beispiel die Abschaffung der eidgenössischen Stempelabgabe, zu fordern.
4. Über die Finanz- und Volkswirtschaftsdirektoren-Konferenz sowie mit anderen kantonalen Initiativmitteln sind auf Bundesebene ebenfalls Entwicklungsmassnahmen für den Ausbau des Finanzplatzes Schweiz, wie zum Beispiel die Einführung einer schweizerischen Trustgesetzgebung oder eine vereinfachte Zulassung von modernen Anlageinstrumenten, anzustreben.

Hans-Peter Portmann
Arnold Suter
Silvia Steiner

Begründung

In der aktuell vorliegenden Studie zum Finanzplatz Zürich untersuchte das BAK Basel im Auftrag der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich die Bedeutung des Finanzplatzes Zürich sowohl im regionalen und nationalen als auch internationalen Kontext. Dabei wird einmal mehr aufgezeigt, welche grosse volkswirtschaftliche Bedeutung der Finanzplatz für Zürich hat. Direkt wird immer noch jeder zehnte Arbeitstätige im Finanzsektor beschäftigt und indirekt hängen etwa nochmals so viele Arbeitsplätze in anderen Branchen vom Finanzplatz ab. Der Anteil des Finanzsektors am Zürcher BIP liegt bei hohen 22%. Dazu kommen noch rund weitere 10 % BIP-Anteil, welche zusätzlich indirekt in Abhängigkeit zum Finanzplatz von anderen Branchen erwirtschaftet werden. In verschiedenen Trendszenarien zeigt die Studie auch Risiken und ein möglicher Rückgang der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Finanzplatzes auf. Zur Abwendung eines solch möglichen Negativtrends erwähnt die Studie unter anderem auch ein notwendig proaktives Handeln der politischen Instanzen. Dabei stehen optimale Rahmenbedingungen im Vordergrund. Auch müssen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Finanzbranche ihre Geschäftsfelder ausweiten kann und Tätigkeiten, welche heute weitgehend auf anderen Finanzplätzen abgewickelt werden, bei uns zum Vorteil der gesamten Zürcher Volkswirtschaft angesiedelt werden können.